

Kolumbien am Scheideweg

Bei der Stichwahl zur Präsidentschaft am Sonntag geht es nicht allein um die Zukunft des Friedensprozesses im Land

Von Lorena Seelig

In Cali füllen sich die Straßen mit Menschen. Juana Ibáñez, die sich gemeinsam mit anderen Kunstschaaffenden der kolumbianischen Stadt an Demonstrationen beteiligt, beschreibt die Stimmung als »bittersüß«. Einerseits ist sie zutiefst besorgt über die Möglichkeit eines Wahlsiegs des Rechtskandidaten Abelardo de la Espriella in der Stichwahl an diesem Sonntag. Gleichzeitig erlebe sie eine außergewöhnliche Welle gesellschaftlicher Mobilisierung. »Selbst in einem von Angst und Polarisierung geprägten Klima entscheiden sich viele Kolumbianerinnen und Kolumbianer für den Aufbau einer Gemeinschaft, anstatt in Verzweiflung zu versinken«, sagt sie.

Im ersten Wahlgang Ende Mai erreichte der ultrarechte Kandidat 43,7 Prozent der Stimmen und liegt damit knapp vor seinem linken Herausforderer Iván Cepeda Castro. Für seine Anhänger ist de la Espriella der Mann, der endlich wieder Ordnung schaffen soll. Er geht mit einer Mischung aus Sicherheitsversprechen, marktradikaler Wirtschaftspolitik und konservativen Gesellschaftsvorstellungen auf Stimmenfang. Kritiker warnen vor einem kolumbianischen Donald Trump, der soziale Errungenschaften zurückdrehen, demokratische Institutionen schwächen und den Friedensprozess beenden könnte.

Der in Bogotá geborene Strafverteidiger lebte in den vergangenen Jahren überwiegend in Miami und Florenz. Erst im Juli 2025 gründete er die Bewegung »Defensores de la Patria« (Verteidiger des Vaterlandes) und sicherte sich über Unterschriften seine unabhängige Kandidatur. Weniger als ein Jahr später steht er kurz davor, Präsident eines Landes zu werden, das sich zwischen Friedensprozess und wachsender Unsicherheit bewegt.

»Paz Total«

Gustavo Petro hat 2022 mit dem Bündnis »Historischer Pakt« Geschichte geschrieben, als er als erster linker Präsident seit der Unabhängigkeit Kolumbiens ins Amt gewählt wurde. Im Zentrum seiner Regierung stand das Projekt »Paz Total« (Totaler Frieden). Der Exguerillero setzte dabei auf Verhandlungen mit allen bewaffneten Gruppen im Land, um die innere Sicherheit zu verbessern und den seit Jahrzehnten andauernden Konflikt einzudämmen. Diese Gruppen spielen in der kolumbianischen Realität eine zentrale Rolle: Sie kontrollieren illegale Wirtschaftsstrukturen, untergraben staatliche Institutionen und tragen durch Gewalt und Einschüchterung erheblich zur Belastung der Bevölkerung bei.

Obwohl die von Petro angestoßenen Gespräche zunächst Fortschritte erkennen ließen, fällt die Bilanz inzwischen deutlich ernüchternder aus. Laut dem Jahresbericht des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz (IKRK) hat die humanitäre Lage in Kolumbien im vergangenen Jahr den tiefsten Stand seit einem Jahrzehnt erreicht.

Für den Politikwissenschaftler Miguel García Sánchez von der Universidad de los Andes in Bogotá reichen die Ursachen für diese Entwicklung jedoch in die Zeit vor Petro zurück. Nach dem Friedensabkommen der kolumbianischen Regierung mit den Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia (Revolutionäre Streitkräfte Kolumbiens, FARC) im Jahr 2016 hätten Dissidentengruppen und andere bewaffnete Akteure die von der Guerilla verlassenen Gebiete übernommen. Weder die Regierung des konservativen Präsidenten Iván Duque noch die Regierung Petro seien in der Lage gewesen, dieses Machtvakuum dauerhaft zu füllen. Hinzu komme, dass die Politik der »Paz Total« einigen Gruppen zusätzliche Spielräume eröffnet habe, ihre territoriale Kontrolle auszubauen. García bezeichnet dies als eine der größten Schwächen der Strategie. Gleichzeitig warnt er vor historischen Kurzschlüssen. Die Sicherheitslage sei gegenwärtig zwar schlechter als in der gesamten vergangenen Dekade, insgesamt aber weiterhin deutlich besser als noch vor 15 oder 20 Jahren.

Anstelle von »Paz Total« setzt der selbsternannte »Tiger« de la Espriella auf eine Politik der militärischen Härte: bekämpfen statt verhandeln. Dieses Versprechen gehört zu seinen zentralen Wahlkampfaussagen und findet vor allem bei jenen Wählern Bestätigung, die von den bisherigen Ergebnissen der Friedensverhandlungen enttäuscht sind. Es wäre nicht das erste Mal, dass Kolumbien auf einen derartigen Kurs setzt. Bereits unter Präsident Álvaro Uribe Vélez wurde der Konflikt vor allem mit militärischen Mitteln ausgetragen. Zwar gelang es dem Staat damals, die Guerillagruppen zurückzudrängen, doch ging dies mit erheblichen Menschenrechtsverletzungen einher. In der sogenannten Falsos-Positivos-Affäre töteten Angehörige des Militärs Tausende Zivilisten und präsentierten sie anschließend als gefallene Guerillakämpfer, um Erfolge im Kampf gegen die Aufständischen vorzutäuschen. Der Skandal gilt bis heute als eines der dunkelsten Kapitel der jüngeren Geschichte Kolumbiens und verdeutlicht die Risiken einer Sicherheitspolitik, die primär auf militärische Gewalt setzt.

Fracking versus Klimaschutz

Auch in der Wirtschafts- und Energiepolitik kündigt de la Espriella einen deutlichen Kurswechsel an. Während Petro den Ausstieg aus fossilen Energieträgern vorangetrieben hat, spricht sich der Präsidentschaftskandidat für Fracking sowie neue Öl- und Gasprojekte aus, um Wirtschaftswachstum und Energiesicherheit zu stärken. Damit könnte kommerzielles Fracking erstmals auch in Kolumbien möglich werden – ein Vorhaben, das Umweltverbände wegen möglicher Schäden für die artenreiche Natur und die Wasserressourcen des Landes scharf kritisieren.

Für die Kaffeebauern Catalina Quintero und Willington Rivera aus dem Departamento Risaralda ist der Umweltschutz eines der entscheidenden Themen im Wahlkampf. Sie berichten von den bereits spürbaren Folgen der

Erderwärmung auf ihre Ernten und protestieren gegen die Pläne de la Espriellas. Statt dem Klimawandel entgegenzuwirken, so Quintero, werde »die Ausbeutung der grünen Zonen« vorangetrieben. Ein Kurs, der für viele Menschen in den Kaffeeanbaugebieten die ökologischen Belastungen weiter verschärfen dürfte.

Nach Ansicht von Ibáñez lebt der aktuelle Wahlkampf von der Zuspitzung gesellschaftlicher Gegensätze. Anstatt soziale Probleme gemeinsam zu diskutieren, werde die öffentliche Debatte entlang von Freund-Feind-Linien geführt. Die Folge sei ein politisches Klima von Ausgrenzung und Konfrontation, während Solidarität und gesellschaftlicher Zusammenhalt in den Hintergrund treten.

Auch García betrachtet die Polarisierung mit Sorge. Sie erschwere politische Kompromisse. Politische Gegner würden nicht als Konkurrenten, sondern als Feinde betrachtet. Das füge sich zudem in einen größeren politischen Wandel ein, der in weiten Teilen Lateinamerikas zu beobachten ist. Wie in Chile, Uruguay oder anderen Ländern der Region hätten sich auch in Kolumbien die traditionellen Parteien deutlich sichtbar aufgelöst. An ihre Stelle seien zwei große politische Lager getreten, die die politische Debatte dominieren. Die Polarisierung sei dadurch deutlich schärfer geworden.

Mit de la Espriella tritt nach Ansicht Garcías zugleich ein Politiker auf, dessen Strategie an Figuren wie Donald Trump in den USA, Javier Milei in Argentinien, Jair Bolsonaro in Brasilien oder Nayib Bukele in El Salvador erinnert. Gemeinsam seien diesen Akteuren die Versprechen einer starken Führung und eines kompromisslosen sicherheitspolitischen Kurses sowie die Vorstellung, gesellschaftliche Probleme vor allem durch Autorität, konservative Werte und einen möglichst ungezügelter Markt lösen zu können.

USA mischen mit

Im Wahlkampf selbst beginnt sich das konservative Lager hinter de la Espriella zu sammeln. Sowohl der ehemalige Präsident Álvaro Uribe als auch dessen politische Nachfolgerin Paloma Valencia stellten sich nach ihrem Ausscheiden in der ersten Wahlrunde hinter den Kandidaten.

Auch aus Washington erhält de la Espriella Unterstützung. Auf seiner Plattform »Truth Social« sprach Donald Trump dem Kandidaten seine »volle und uneingeschränkte Unterstützung« aus. De la Espriella werde Wirtschaftswachstum fördern, Arbeitsplätze schaffen und zugleich Kriminalität und Drogenhandel bekämpfen, schrieb der US-Präsident. Zudem machte Trump deutlich, dass die künftigen Beziehungen zwischen Bogotá und Washington vom Wahlausgang abhängen würden. De la Espriella begrüßte die Rückendeckung aus dem Weißen Haus. Kolumbien und die Vereinigten Staaten seien »Schwesternationen«, erklärte er.

Für Ibáñez blendet eine solche Sichtweise die historischen Machtverhältnisse komplett aus. Von einer Beziehung auf Augenhöhe könne kaum die Rede sein. Zu prägend sei der politische, wirtschaftliche und militärische Einfluss Washingtons auf Lateinamerika gewesen.

Die Unterstützung Trumps hat in Kolumbien eine Debatte über nationale Souveränität ausgelöst. Präsident Petro sprach von einer Einmischung in innere Angelegenheiten und warnte davor, das Land zur »Kolonie« fremder Interessen werden zu lassen. Auch García hält einen Einfluss der Unterstützung auf Teile der Wählerschaft durchaus für möglich. In Ländern wie Kolumbien wirken koloniale Denkmuster teilweise bis heute fort. Die öffentliche Anerkennung durch die Vereinigten Staaten könne deshalb von manchen Wählern als politische Legitimation verstanden werden.

Wie die Zukunft des Landes aussehen wird, entscheidet sich diesen Sonntag. Es wird um die Frage gehen, ob Kolumbien den Weg von Verhandlungen und institutioneller Stabilisierung weitergeht oder ob sich ein Kurs durchsetzt, der auf Konfrontation, Sicherheitspolitik und weitreichende Eingriffe setzt.

<https://www.jungewelt.de/artikel/524632.brennpunkt-lateinamerika-kolumbien-am-scheideweg.html>